BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Fax ✓

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus
90403 Nürnberg

Umwelt A

OBERBÜRGERMEISTER
10. MRZ. 2011 /.....Nr.....

III	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2 z.w.V.	4 Antwort vor Absendung vorlegen
		5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Rm

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 10.03.2011

Neubau 110 kv-Leitung und Umspannwerk Wiener Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die N-ERGIE Netz GmbH plant den Neubau einer 110-kv-Freileitung entlang des Marthwegs und ein neues Umspannwerk südlich der Wiener Straße. Statt dem ursprünglich beabsichtigten Plangenehmigungsverfahren (ohne Bürgerbeteiligung) wird nun doch ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt. Aber: Das Planfeststellungsverfahren umfasst lediglich den Bereich der neuen Stromleitung. Die weiteren Maßnahmen, z.B. das neue Umspannwerk, sollen weiterhin nur in einem Plangenehmigungsverfahren – und damit ohne Bürgerbeteiligung – betrachtet werden. Die Unterlagen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens lagen vom 10.01.2011 bis 09.02.2011 bei SÖR aus. Die Frist für Einwendungen endete am 23.02.2011.

Der Bund Naturschutz hat in seiner Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren u.a. folgende Punkte beanstandet:

- Der Neubau wird mit der geplanten Erweiterung des Hafens begründet und stellt damit eine Erschließungsmaßnahme für das geplante Industrie-/Gewerbegebiet südlich der Wiener Straße dar.
- Eine nähere Begründung des Bedarfs wird in den Planunterlagen nicht dargestellt. Die Planunterlagen seien daher unvollständig.
- Das Umspannwerk südlich der Wiener Straße ist nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens. Stattdessen will der Antragsteller, die N-ERGIE Netz GmbH, lediglich ein Plangenehmigungsverfahren – also ohne Bürgerbeteiligung – veranlassen.
- Die Verträglichkeitsabschätzung berücksichtigt nur den Neubau der Hochspannungsmasten und nicht die weiteren damit verbundenen Planungen, nämlich die Querung des Naturschutzgebiets Föhrenbuck, das neue Umspannwerk an der Wiener Straße, die aufzulassende Stromtrasse südlich der Wiener Straße und das geplante

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Gewerbegebiet südlich der Wiener Straße. Weiter fehlt in der Verträglichkeitsabschätzung die zu betrachtende Summationswirkung weiterer Planungen im Vogelschutzgebiet Nürnberger Reichswald. Der Bund Naturschutz fordert eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu diesen geplanten Eingriffen.

Es drängt sich uns der Eindruck auf, dass durch den Bau der neuen 110-kv-Leitung und das neue Umspannwerk – quasi durch die Hintertür – die ersten Erschließungsmaßnahmen für das sogenannte Hafenindustriegebiet Süd eingeleitet werden. Durch dieses Gewerbegebiet würden 30 Hektar geschützter Bannwald im Naherholungsgebiet Eibacher Forst unwiederbringlich vernichtet.

Antrag für den Umweltausschuss:

1. Wie hat sich der Stromverbrauch im Hafen seit der Ansiedelung von Betrieben bis heute entwickelt?

2. Welche Kapazität haben die bestehenden Leitungen?

3. Wie sind die Prognosen für den Stromverbrauch, wenn das bestehende Gewerbegebiet im Hafen voll belegt ist?

4. Gibt es für die im Hafen ansässigen Betriebe ein Energiemanagement? Welche Potenziale zum Energiesparen und zur Stromerzeugung gibt es direkt vor Ort, z.B. durch Solarstrom auf den Dächern und Kraft-Wärme-Kopplung? Wie können diese Potenziale entwickelt werden?

5. Der Stadtrat hält es für erforderlich, dass auch das geplante Umspannwerk südlich der Wiener Straße in das Planfeststellungsverfahren einbezogen wird. Der Stadtrat wünscht, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, die alle geplanten Maßnahmen und dadurch bedingte Eingriffe in die Natur betrachtet.

6. Der Bund Naturschutz hat in seiner Stellungnahme zwei Alternativen vorgeschlagen: eine Erschließung vom bestehenden Umspannwerk Maiach aus oder durch den Anschluss an die bestehende Leitung am Ostrand der Anschlussstelle „Hafen-Ost" der A73. Die vom Bund Naturschutz eingebrachten Alternativen sind zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Christine Seer

Christine Seer
Stadträtin